

Stichworte für die Konzeption des Europawahlkampfes 1989

A. <u>Ausgangslage</u>	S. 1
1. CDU/Bundesregierung	S. 1
2. FDP	S. 3
3. SPD/GRÜNE	S. 3
4. Wahlen im Umfeld der Europawahl	S. 5
5. Einstellungen der Bevölkerung zu Europa	S. 6
B. <u>Konzeptionen und europapolitische Themenschwerpunkte</u>	S. 11
1. Wahlziel der CDU	S. 11
2. Auseinandersetzung mit der SPD	S. 13
3. Die europapolitischen Themenschwerpunkte im Wahlkampf	S. 14
C. <u>Vier Phasen des Europawahlkampfes</u>	S. 17
1. Informationsphase	S. 18
2. Erste Vorwahlkampfphase	S. 19
3. Zweite Vorwahlkampfphase	S. 20
4. Hauptwahlkampfphase	S. 21
D. <u>Informationsmaterialien und Werbemittel im Wahlkampf</u>	S. 21
E. <u>Kalendarium</u>	S. 24

Stichworte für die Konzeption des Europawahlkampfes 1989A. Ausgangslage1. CDU/Bundesregierung:

Vorbereitung, Auftakt, Haupt- und Schlußphase des Europawahlkampfes liegen zwischen Herbst 1988 und Frühsommer 1989. Zeitgleich hierzu muß die Regierungskoalition ihre inneren Reformvorhaben durchgebracht haben; die Sommerpause des Deutschen Bundestages beginnt am 26. Juni 1989, eine Woche nach dem Termin der Europawahl. Ab Herbst 1988 tritt die Regierungstätigkeit deshalb in die entscheidende Phase für diese Legislaturperiode.

Es liegt auf der Hand, daß der Ausgang der großen Reformvorhaben (neben der Steuerreform die Strukturreform im Gesundheitswesen, die Rentenreform und die Poststrukturreform) und ihre öffentliche Resonanz von großem unmittelbarem Einfluß auf die Stimmung und Thematik des Europawahlkampfes sein werden.

Hierin liegen aus heutiger Sicht sowohl Chancen wie Risiken für die CDU, die politisch die Hauptlast der Reformwerke zu tragen hat.

Die zu erwartenden Widerstände gegen die Regierungspläne und die Schwierigkeit, die notwendigen Strukturveränderungen zu popularisieren, sind nicht zu übersehende Hindernisse für eine positive Profilierung von Regierung und CDU im Vorfeld der Europawahl. Diese Schwierigkeiten bei der Behandlung der Reformvorhaben dürfen jedoch nicht zum Verlust der Meinungsführerschaft der CDU bei diesen Themen führen.

Wenn es aber gelingt, durch überzeugendes Handeln und durch rechtzeitige und durch offensive Information der Wähler die Reformwerke als zukunftsichernde Entscheidungen zu vermitteln, dann könnte die CDU die unvermeidliche Auseinandersetzung über diese Themen im Europawahlkampf aus einer offensiven Position heraus führen.

Im Gegensatz zur Innenpolitik wird die Außenpolitik im Europawahlkampf weit weniger kontrovers sein. Hier werden sich bestehende positive Trends vermutlich weiter verstärken, die die Regierung und die CDU zur weiteren Verbesserung ihres Images nutzen müssen.

Der Besuch des Kanzlers in Moskau im Oktober 1988 sowie der Gegenbesuch Gorbatschows in Bonn, voraussichtlich im April 1989, stellen hierfür den Rahmen dar. Unabhängig vom Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen läßt sich prognostizieren, daß die positive Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen anhalten wird. Möglicherweise wird noch im Jahre 1988 mit START ein neues Abrüstungsabkommen unterzeichnet. Für den Spätsommer/Herbst 1988 ist der Abschluß der KSZE-Konferenz geplant, die ein Mandat zur Aufnahme der konventionellen Abrüstungsverhandlungen zum Jahresende 1988 verabschieden soll. Im Oktober 1988 wird mit der Aufstellung der deutsch-französischen Brigade ein weiteres positives Signal gegeben.

Auch für die Europapolitik im engeren Sinne sind aus heutiger Sicht keine entscheidenden Störpotentiale erkennbar.

Da die Finanzierung des EG-Haushaltes gesichert ist, in der Agrarpolitik eine vorläufige Übereinkunft erzielt wurde und eine Übereinstimmung in den wichtigsten Zielen der Europapolitik bis 1992 besteht, gibt es aus heutiger Sicht gute Chancen, Negativ-Meldungen über Europa während des Zeitraums vom Herbst 1988 bis zum Sommer 1989 zu vermeiden.

Fazit:

Um ihre Kompetenz voll in die Waagschale zu werfen, sollte die CDU in der Europawahl-Kampagne eine Verknüpfung von bundes- und europapolitischen Themen anstreben, die ihr bereits 1984 zum Wahlerfolg verholfen hat.

2. FDP:

Bei der Europawahl 1984 scheiterte die FDP mit einem Ergebnis von 4,8 Prozent. Hauptziel der Liberalen wird es daher sein, den Sprung in das Europäische Parlament zu schaffen. Die Europawahlen 1989 sind die ersten bundesweiten Wahlen, denen sich die neue FDP-Führung, die auf dem Parteitag im Oktober 1988 gewählt werden wird, zu stellen hat. Darüber hinaus wird die FDP grundsätzlich bei der Europawahl testen wollen, wo sie knapp eineinhalb Jahre vor der Bundestagswahl in der Wählergunst steht. Da es sich bei der Europawahl um eine "Ein-Stimmen-Wahl" handelt und die FDP hier nicht, wie bei den Bundestagswahlen, vom Stimmensplitting profitieren kann, wird das Wahlergebnis Aufschlüsse über die tatsächliche Stärke der FDP geben.

3. SPD/GRÜNE:

Hauptgegner im Europawahlkampf ist die SPD. Unter der Führung ihres neuen Vorsitzenden Vogel hat sich die SPD sowohl als Partei wie auch als Bundestagsfraktion halbwegs konsolidiert. Zumindest nach außen erscheint die SPD nicht mehr als hoffnungslos zerstrittene Flügelkampfpartei, obwohl die unterschiedlichen innerparteilichen Strömungen nach wie vor vorhanden sind.

Im Europawahlkampf 1989 wird sich die SPD als bundespolitische Alternative zur jetzigen Regierung darstellen wollen. Da sie dies nicht mit europapolitischen Wahlkampf-

themen leisten kann, wird die SPD versuchen, einen Ablenkungswahlkampf mit innenpolitischen Themen gegen die Bundesregierung, vor allem gegen die CDU/CSU, zu führen. Sie wird hierbei insbesondere die Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform, aber auch die Umwelt-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Abrüstungspolitik aufgreifen.

Da die SPD weder die Erfolge der Europapolitik der CDU-geführten Bundesregierung leugnen kann noch als europäischer Bremser dastehen will, wird sie versuchen, das Europathema als Feld zusätzlicher Kompetenz zu besetzen: Einmal als Ausdruck neuerwachten Selbstbewußtseins, andererseits um bestimmte Negativ-Images loszuwerden (z. B. SPD-Wirtschaftspolitik) und auch über die Europawahl "Regierungskompetenz" zu beweisen.

Jüngste Umfragen, die die GRÜNEN trotz anhaltender innerparteilicher Spannungen und Streitereien bei über 9 Prozent sehen, beweisen, daß das politische Erscheinungsbild der GRÜNEN noch nicht auf das Wahlverhalten bzw. die Wahlpräferenz ihrer Anhänger durchgeschlagen ist. Ob dies bis zur Europawahl so bleibt, oder ob das Wahlverhalten sich ändert, ist noch offen. Von einer Änderung des Wahlverhaltens würde in erster Linie die SPD profitieren, wie die zurückliegenden Landtagswahlen gezeigt haben

Die GRÜNEN haben bereits auf einer Sitzung ihres Bundeshauptausschusses am 9./10. Juli 1987 in Köln die inhaltlichen Schwerpunkte ihres Europawahlkampfes festgelegt. Das Europawahlprogramm soll durch eine Kommission erarbeitet werden; die Kandidatenwahl sowie die Verabschiedung des Wahlprogramms sind für die Bundesdelegiertenkonferenz vom 9. bis 11. Dezember 1987 in Berlin vorgesehen.

Inhaltliche Schwerpunkte des Europawahlkampfes der GRÜNEN sollen sein:

- Der Europäische Binnenmarkt,
- Landwirtschaft: GRÜNE-Agrarkonzepte,
- Ökologie: Grenzüberschreitende ökologische Probleme; Umweltzerstörende EG-Politik und GRÜNE Alternativen,
- Frieden: Militarisierung der Gemeinschaft; atomare Optionen; GRÜNE Europa-Friedenspolitik,
- Demokratie: Asylrecht; Ausländerfeindlichkeit; offene Grenzen.

(Quelle: Pressedienst DIE GRÜNEN, vom 11. 7. 1988)

Da Verluste der GRÜNEN vor allem Gewinne der SPD bedeuten, könnte aus heutiger Sicht für uns eine sinnvolle Strategie darin bestehen, möglichst zu verhindern, daß sich die SPD aus dem GRÜNEN-Lager stärkt. Dies könnte z. B. dadurch geschehen, daß die SPD besonders in ihrer Umweltkompetenz scharf angegriffen wird und bei schwankenden GRÜNEN-Wählern als Alternative unglaubwürdig wird.

4. Wahlen im Umfeld der Europawahl 1989

Die Wahlen zum Berliner Senat im Januar 1989 sind die einzigen Landtagswahlen des Jahres.

Es folgen die Kommunalwahlen in Hessen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz. Die Kommunalwahlen in Hessen am 12. März 1989 sind der erste Urnengang nach dem Regierungswechsel im April 1987. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz finden die Kommunalwahlen voraussichtlich gemeinsam mit den Europawahlen statt (18. Juni 1989).

Im Oktober schließen sich dann die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg an.

In allen drei Kommunalwahlkämpfen vor der Europawahl werden vermutlich dieselben bundespolitischen Themen eine Rolle spielen wie im Europawahlkampf. Deshalb können zwischen den Kommunalwahlkämpfen und dem Europawahlkampf sowohl positive wie negative Verstärkereffekte auftreten.

5. Einstellungen der Bevölkerung zu Europa:

Im folgenden sind wichtige Feststellungen der Untersuchung von Peter R. Weilemann "Europäische Daten zur Europa-Politik im Vorfeld der Europawahl 1989. Bemerkungen vor dem Vorstand der Europakonferenz der CDU NRW, 26. Februar 1988" zusammengefaßt bzw. zitiert. Sie werden ergänzt durch neuere Daten und Erkenntnisse von Infas und der Forschungsgruppe Wahlen.

Weilemann hat sowohl positive als auch negative Einstellungsmuster der Bevölkerung gegenüber Europa herausgearbeitet.

Als positive Einstellungsmuster gelten insbesondere:

- Die Bevölkerung ist in hohem Maße der Auffassung, daß die europäische Einigung ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Freiheit ist. In diesem Bereich hat die CDU einen Kompetenzvorsprung vor der Opposition, der genutzt werden muß.
- Für die Mehrheit der Bevölkerung verbindet sich die europäische Einigung vorrangig mit Zwecken und Aufgaben, die nicht im wirtschaftlichen Bereich liegen, sondern kulturelle, geschichtliche und humanitäre Aspekte betreffen.

Diesem Bereich muß die CDU bei der Wahlkampfkonzeption größere Aufmerksamkeit schenken und geeignete Konzepte und Identifikationsmuster entwickeln. Die SPD hingegen hat sich z. B. bereits sehr früh aktiv an der Diskussion um "Mitteleuropa" als geschichtlichem und kulturellem Phänomen beteiligt und so zumindest in bestimmten Kreisen (z. B. Historiker, kulturell Interessierte etc.) das Thema besetzt.

- Die Forderung, daß Europa als eigenständige Kraft zwischen der Sowjetunion und den USA zu dienen habe, gewinnt zunehmend an Gewicht. Eine unabhängige Politik Europas soll sich allerdings nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern in Partnerschaft mit ihnen vollziehen.

Das Thema wird bereits seit längerem unter dem Titel "Stärkung des europäischen Pfeilers" politisch diskutiert. Die CDU besitzt auf diesem Gebiet ausgewiesene Kompetenz, die auch vom Wähler durch das Regierungshandeln erkannt wird.

Die SPD hat dieses Thema unter dem Begriff "Selbstbehauptung Europas" zum Gegenstand einer bereits länger andauernden Kampagne gemacht, die nicht frei ist von anti-amerikanischen Akzenten und Neutralismuskonzeptionen. An diesem Hebel muß im Wahlkampf angesetzt werden.

Fazit:

Im Bereich der positiven Einstellungsmuster zu Europa besitzt die CDU zwar Kompetenz, ohne daß diese jedoch eindeutig dominant ist, da die Sozialdemokraten bereits über eingängige und öffentlich bekannte eigene Konzepte verfügen, denen ebenfalls Kompetenz zugesprochen wird.

Bis zum Frühjahr 1988 ließen sich nach Weilemanns Erkenntnissen in der Bevölkerung vor allem drei negative Einstellungsmuster feststellen, die im folgenden genannt sind. Umfragedaten aus jüngster Zeit, d. h. nach dem Ende der deutschen EG-Ratspräsidentschaft, deuten vorsichtig an, daß die Negativmuster sich aufweichen.

Negative Einstellungsmuster zu Europa

- In der Bevölkerung hat der europäische Einigungsgedanke wenig Vorrang; er steht seit Jahren am unteren Ende der politischen Prioritätenliste.
- Nur noch 20 Prozent der Bevölkerung glaubt, daß die EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland eher Vorteile bringt. (Forschungsgruppe Wahlen, Juni 1988: ebenfalls 20 Prozent.)

36 Prozent der Bevölkerung sehen dagegen überwiegend Nachteile, mehr als doppelt so viele wie 1978. (Forschungsgruppe Wahlen, Juni 1988: 30 Prozent) Dieser Trend zur negativen Bewertung schlägt bemerkenswerterweise bei allen Altersgruppen und politischen Gruppierungen fast in gleicher Weise durch.

- Der Anteil der Bevölkerung, der die Einigung Europas sehr befürwortet, ist in den letzten zwei Jahren von 43 Prozent auf 29 Prozent zurückgefallen. Damit korrespondiert, daß in der Bevölkerung die politische Finalität des europäischen Einigungsgedankens nicht mehr genügend klar ist.

Diesen Negativhaltungen stehen positive Haltungen zu den Fortschritten der europäischen Einigungsbemühungen gegenüber, die offenbar durch die günstige Entwicklung des letzten halben Jahres in Europa beeinflußt wurden.

Im Vergleich zu Erhebungen aus 1984 im Vorfeld der letzten Europawahl, aus 1985 und 1987 ist die Zahl derer, die "beträchtliche" oder zumindest "einige" Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Einigung feststellen, im Juni 1988 auf zusammen 43 Prozent angewachsen; zuvor waren es nur zwischen 29 und 34 Prozent gewesen. Entsprechend verringert haben sich die eher pessimistischen Einschätzungen zur europäischen Einigung. (Quelle: Infas-Politogramm der Woche, 25/1988 [bis 26.Juni])

Durchgesetzt in der Bevölkerung hat sich offenkundig auch der Eindruck größeren politischen Einvernehmens zwischen den EG-Staaten. Gegenüber 1984 halbierten sich im Juni 1988 die kritischen Stimmen (von 42 auf 19 Prozent), die feststellen, das Einvernehmen zwischen den EG-Staaten habe sich verringert. (Quelle: Infas, s. o.)

Fazit:

Das Meinungsklima in der Bevölkerung hinsichtlich Europa ist labil und emotional schwankend, ohne einheitlichen Trend. Die positiven Veränderungen zeigen jedoch, daß europapolitische Erfolge erkannt werden und rasch zu Einstellungsveränderungen führen.

Bei der Anlage unserer Kampagne ist deshalb von Beginn an darauf abzuheben, über Europa intensive Information zu betreiben und positive politische Ziele aufzuzeigen. Sie müssen vom Wähler als Ziele der CDU identifiziert werden.

Neben den grundsätzlichen Einstellungsmustern zu Europa lassen sich eine Reihe von einzelnen Themen identifizieren, die laut Weilemann entweder positiv oder negativ besetzt sind bzw. als Zukunftsaufgaben gesehen werden.

Positiv besetzt sind traditionell die Eurothemen:

- Verteidigung von Freiheit und Demokratie
- Freundschaft zwischen den Völkern
- Wirtschaftsgemeinschaft EG

Demgegenüber werden negativ beurteilt:

- die gemeinsame Agrarpolitik
- die sogenannte "Zahlmeister"-Rolle der Bundesrepublik Deutschland
- die umweltpolitische "Bremsen"-Rolle der EG
- das Europäische Parlament
- eine gesamteuropäische Regierung

Als europäische Zukunftsaufgaben werden gesehen:

- Umweltschutz
- Abbau der Spannungen zwischen Ost und West
- Einhaltung der Menschenrechte in der Welt

Als ein wichtiges Fazit seiner Analyse sieht Weilemann im Hinblick auf Europa "bestimmte Trends, die ernstgenommen werden müssen, wenn das Gesamtbild nicht ins Negative umschlagen soll". In der öffentlichen Meinung herrscht nach seiner Auffassung derzeit ein emotional labiles, widersprüchliches Bild der Einstellungen zur Europapolitik.

B. Konzeptionen und europapolitische Themenschwerpunkte

1. Wahlziel der CDU

Für alle Parteien gilt, daß die Europawahlen als "Stimmungsbarometer" für die Bundestagswahlen 1990 anzusehen sind. Der Wahlausgang hat deshalb auch Konsequenzen für den Bundestagswahlkampf 1990.

Wahlziel der CDU muß des sein, als Sieger und stärkste Partei aus den Europawahlen 1989 hervorzugehen. Bei den Europawahlen 1984 erreichte die Union bei einer Wahlbeteiligung von 56,8 Prozent einen Stimmenanteil von 45,9 Prozent; davon entfielen auf die CDU allein 37,5 Prozent und auf die CSU 8,5 Prozent. Damit war die CDU alleine stärker als die SPD, die auf 37,4 Prozent kam.

Die Bundestagswahl 1987 und die zurückliegenden Landtagswahlen waren durch verschiedene neue Entwicklungen im Wahlverhalten gekennzeichnet, z. B.

- das Anwachsen der Zahl von Wechselwählern auf etwa 30 bis 40 Prozent;
- die wachsende Bereitschaft zur Wahlenthaltung;
- die schwierigere Mobilisierung von Stammwählern;
- das Hinausschieben der Wahlentscheidung bis kurz vor den Wahltermin.

Diese Aspekte werden neben anderen auch in der Europawahl 1989 eine wichtige Rolle spielen.

Die Wahlbeteiligung 1984 lag deutlich unter der Wahlbeteiligung bei den ersten europäischen Direktwahlen. Fast zwei Drittel der erklärten Nichtwähler äußerten eine ab-

sichtliche Wahlenthaltung; der Prozentsatz der Nichtwähler aus dem Unionslager lag 1984 über dem der SPD und FDP-Anhänger. 63 Prozent der Nichtwähler aus dem Unionslager gingen bewußt nicht an die Urnen.

Zwischenzeitlich hat sich die Wahlenthaltung als politisches Verhaltensmuster etabliert und verstärkt.

Aufgrund der zu erwartenden geringen Wahlbeteiligung (gemessen an Bundestags- oder Landtagswahlen) werden die Stammwähler wahlentscheidend sein. Deshalb ist es das vorrangige Ziel der CDU, ihre Stammwähler zu mobilisieren und an die Urnen zu bringen.

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe darf nicht unterschätzt werden, denn eine Analyse der zurückliegenden Landtagswahlen (seit 1985) zeigt, daß Wahlverluste der CDU ganz überwiegend Verluste von Stammwählern waren.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die CDU in den vergangenen Landtagswahlen in stark katholischen, dünn besiedelten und landwirtschaftlich geprägten Landesteilen mit hohen Selbständigenanteilen besonders stark verloren hat. In diesen Bereichen ist zudem die Wahlbeteiligung besonders stark abgesunken.

Zugewinne (z. B. bei den Landtagswahlen 1987 in Hessen) hat die CDU hingegen in Wahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte, einem hohen Anteil von Angestellten und Beamten, wo zugleich Dienstleistungen, Handel und Verkehr eine Rolle spielen, verbucht.

Im Europawahlkampf 1989 wird sich die CDU besonders schweren Problemen bei den Wählern im ländlichen Raum gegenübersehen.

Die Unzufriedenheit über den gemeinsamen europäischen Agrarmarkt, der vor allem Landwirte mit kleinen und mittleren Betriebsgrößen trifft, wird deshalb andere Themen überlagern. Die CDU muß deshalb rechtzeitig ein Programm präsentieren (entsprechend der Albrecht-Kommission), in dessen Zentrum Perspektiven für den ländlichen Raum stehen. Dieses "Programm ländlicher Raum" hat folgende Schwerpunkte:

- Agrarpolitik sichert die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe;
- neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch Förderung der Wirtschaftsentwicklung und regionale Strukturpolitik;
- den ländlichen Raum durch moderne Dienste der Bundespost, durch Technologietransfer und Dezentralisierung der Forschung entwickeln;
- die Lebensfähigkeit des ländlichen Raums durch zukunftsorientierte Verkehrspolitik stärken;
- Frauen und Familien im ländlichen Raum neue Chancen eröffnen;
- Kultur im ländlichen Raum neu bestimmen und weiter entwickeln;
- die natürliche Umwelt im ländlichen Raum sichern.

2. Auseinandersetzung mit der SPD

1984 hat die SPD die Europawahl verloren, weil sie sich weder bundes- noch europapolitisch dem Wähler als überzeugende Alternative darstellen konnte und deshalb die Wähler nicht motivierte. 1989 muß der politische Angriff

auf die SPD darauf abzielen, ihre Kompetenz als Alternative zur Regierungspolitik zu untergraben. Dies gelingt vor allem durch eine Kombination aus bundes- und europapolitischen Themen, mit denen die SPD als Partei des Miesmachens und der Perspektivlosigkeit bloßgestellt wird.

Im Hinblick auf die spezifischen europapolitischen Themen geht es darum, zu zeigen, daß die SPD die Partei von gestern ist, die wichtige europäische Fortschritte blockiert, zum Beispiel in der europäischen Technologiepolitik (weil sie technikfeindlich ist); die im Umweltschutz bereits auf nationaler Ebene versagt hat und deshalb keine Kompetenz im europäischen Umweltschutz besitzt.

3. Die europapolitischen Themenschwerpunkte im Wahlkampf

Die CDU wird im Europawahlkampf eine optimale Verknüpfung von bundes- und europapolitischen Themen anstreben. Bei den europapolitischen Themen sollte das Schwergewicht auf folgenden Bereichen liegen:

- Europäischer Binnenmarkt

Die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes ist ein entscheidendes Zukunftsthema, das im Mittelpunkt der europapolitischen Argumentation unseres Wahlkampfes stehen muß. Hierbei soll die Bevölkerung positiv auf den Binnenmarkt eingestimmt werden. Vorrangiges Ziel ist es daher, die Vorteile des Binnenmarktes für den einzelnen Bürger zu betonen (z. B. sinkende Preise, mehr Arbeitsplätze, Freizügigkeit der Berufsausübung, günstigeres Waren- und Dienstleistungsangebot etc.). Das Binnenmarktthema ist darüber hinaus wichtiges Darstellungsfeld der wirtschaftspolitischen Kompetenz der CDU. Dies muß unter Einbeziehung der sozialpolitischen Dimension geschehen, vor allem durch die Hervorhebung

und Ausgestaltung der Idee des "Europäischen Sozialraums". In diesem Bereich dürfen weder die SPD noch die Gewerkschaften das Thema dominieren.

- Frieden und Freiheit

Die Sicherung des Friedens und der Freiheit sowie die Verbesserung der Freundschaft zwischen den europäischen Völkern spielen in den Augen der Bevölkerung eine besondere Rolle. Dies gilt auch für die Abrüstung und die Menschenrechte.

In allen Themen besitzt die CDU eine hohe Kompetenz. Sie kann zudem den Vorteil des Regierungshandelns gegenüber der Opposition ausnützen und Aktivität sowie Dynamik verkörpern. Hierzu müssen vor allem im Frühjahr 1989 herausragende Anlässe wie zum Beispiel die Feiern zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, der 40. Jahrestag der Gründung des NATO-Bündnisses oder der Aufenthalt von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland genutzt werden. Die deutsch-französischen Konsultationen sowie der zu erwartende erste Europabesuch des neuen amerikanischen Präsidenten sind Gelegenheiten, um unsere Freundschaft mit dem Westen zu versinnbildlichen.

Diese Anlässe müssen auch genutzt werden, um über symbolhafte Gesten die CDU als Partei des Friedens, der Sicherheit, aber auch des Dialoges darzustellen. Die Hervorhebung der wachsenden internationalen Rolle der Bundesrepublik Deutschland und deren Anerkennung muß mit der Politik der CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl verknüpft werden und den Stolz der Bürger ansprechen.

- Zusammenleben in Europa

Europäische Geschichte, Kultur und Bildung sind wichtige Identifikationspunkte für ein gestärktes Europa-bewußtsein der Wähler.

Diese "weichen" Themen bilden eine wichtige Ergänzung zur notwendigen Informationskampagne über Daten und Fakten in Europa. Durch die Integration dieser Themen in ihr Wahlkampfkonzept entgeht die CDU auch dem Verdacht, in Europa nur eine Wirtschaftsmacht zu sehen.

- Umweltschutz

Eine zentrale Rolle für das Zusammenleben in Europa spielt auch das Thema Umweltschutz. Hier muß die CDU die Meinungsführerschaft in der Wahlauseinandersetzung in besonderer Weise anstreben. Zu beachten ist dabei, daß in den Augen der Bevölkerung die Bundesrepublik Deutschland besondere Leistungen für den Umweltschutz erbringt, die europäischen Nachbarn jedoch als "Bremser" einer wirksameren europäischen Umweltpolitik angesehen werden. Besondere Bedeutung im Bewußtsein der Wähler kommen Verbesserung bei der Reinhaltung der Flüsse und des Überlebens von Nord- und Ostsee zu.

- Forschung und Technologie

Forschung und Technologie gelten in der Wählermeinung als nachrangig. Aufgrund der Komplexität dieser Themen eignen sie sich nur bedingt als Wahlkampfmaterial. Dort, wo jedoch einzelne Spitzenleistungen deutscher Unternehmen oder deutscher Forscher hervorgehoben werden können, sind sie ein geeignetes Mittel, um an das gestiegene Nationalbewußtsein zu appellieren und Stolz zu erwecken.

- Wachsendes Nationalbewußtsein mit engagierter Europa-politik verbinden

Die Demoskopie belegt, daß sich seit 1982 ein längerfristiger Trend abgezeichnet hat, der auf ein zunehmendes Selbstbewußtsein der Deutschen schließen läßt. Eine solche Einstellung steht nicht im Gegensatz zu einer engagierten Europapolitik.

Da die CDU in den Augen der Wählermehrheit diejenige Partei ist, die den nationalen Belangen größere Aufmerksamkeit schenkt, liegt in diesem Entwicklungstrend eine wichtige Chance, Wähler an sich zu binden. Um das deutsche Selbstbewußtsein mit der Europapolitik verbinden zu können, müssen die Leistungen und die Verdienste der Bundesrepublik Deutschland um die europäische Einigung hervorgehoben werden; muß betont werden, daß die Bundesrepublik Deutschland einer der wichtigsten Staaten in Europa ist, der die Rolle eines Vorreiters in vielen Bereichen übernommen hat. Die Wähler sollen die Möglichkeit bekommen, sich selbstbewußt mit den andere Staaten Europas zu vergleichen.

C. Vier Phasen des Europawahlkampfes:

Der Ablauf des Wahlkampfes gliedert sich in vier Phasen:

- Informationsphase (Oktober 1988 bis Dezember 1988)
- Erste Vorwahlkampfphase (Januar 1989 bis Mitte April 1989)
- Zweite Vorwahlkampfphase (Mitte April bis Mitte Mai 1989)
- Hauptwahlkampfphase (Mitte Mai bis 18. Juni 1989)

1. Informationsphase (Oktober bis Dezember 1988)

Ziele:

- Interne Information und Aktivierung;
- Einstimmung auf den Wahlkampf
- Europakompetenz der CDU bekräftigen
- Bedeutung Europas erklären und Vorteile klarmachen (Vorurteile abbauen)

Hauptereignisse:

- Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau (24. bis 27. Oktober)
- Treffen der EVP-Parteiführer in Brüssel (19. Oktober 1988)
- Bundesausschuß der CDU in Berlin (Februar 1989)

Europakandidatenaufstellung auf Landesparteitagen/Landesvertreterversammlungen in:

- Schleswig-Holstein (28./29. Oktober 1988)
- Hessen (5. November 1988)
- Nordrhein-Westfalen (12. November 1988 ?)
- Baden-Württemberg (19. November 1988)
- Niedersachsen (26. November 1988)
- Rheinland-Pfalz (3. Dezember 1988)

Kongresse (u. a.):

- EVP-Frauenkongreß (7./8. Oktober 1988)
- Veranstaltung 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland (Mitte Oktober)
- EVP-Kongreß/Luxemburg (7./8. November 1988)

- EUCDA-Kongreß (9. - 11. November 1988)
- Anhörung "Ländlicher Raum" (2. Hälfte November 1988)
- Europakongreß der Mittelstandsvereinigung (5. - 6. Mai 1989)
- Deutschlandtag der JU zu "Europa" (25. - 27. November 1988)

2. Erste Vorwahlkampfphase (Januar bis Mitte April 1989)

Ziele:

- Informationskampagne gezielt vertiefen
- Aufbau der Wahlkampfthemen durch Kompetenz- und Leistungskampagne
- Verknüpfung bedeutender Ereignisse mit dem Vorwahlkampf
- Werbelinie und Slogan festlegen/vorstellen

Ereignisse:

- Senatswahlen in Berlin
- Kommunalwahlen in Hessen
- Bundesausschuß der CDU
- 40 Jahre NATO (4. April)
- Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik Deutschland (?)

Hinweis:

Bundesweite Osterferien im März (Ostern: 24. bis 27. März)

Kongresse:

KAS-Kongreß in Berlin: 40 Jahre Bundesrepublik
Deutschland (zweite Januar-Hälfte)

CDU-Kongreß zum "Binnenmarkt" (März)

KAS/EVP-Kongreß in Straßburg: "Standortpolitik Europa"
(16. März)

Weitere Maßnahmen:

- Bundesweite Regionalkonferenzen/Zielgruppenveranstaltungen unter Mitwirkung der Europa-Abgeordneten/ Europa-Kandidaten, der Bundes- und Landtagsabgeordneten, des Generalsekretärs der CDU, des Europaspitzenkandidaten
- Besondere Auftritte des Bundeskanzlers bei diesen Konferenzen

3. Zweite Vorwahlkampfphase (Mitte April bis 15. Mai 1989)

- Information weiter vertiefen
- weiterer Aufbau der Europawahlkampfthemen (schnelle Reaktion auf neue Entwicklungen)
- volle Entfaltung der Kompetenz- und Leistungskampagne

Ereignisse:

- 37. Bundesparteitag der CDU (dort Europatag)
- Gorbatschow-Besuch der Bundesrepublik Deutschland (?)
- Europatag (5. Mai)

Kongresse:

- MIT-Kongreß zum "Binnenmarkt"
- Fortsetzung der Regionalkonferenzen/Zielgruppenveranstaltungen

4. Hauptwahlkampfphase (Mitte Mai bis 18. Juni 1989)

Ziele:

- Volle Mobilisierung der Wähler erreichen
- Dominanz unserer Wahlkampfthemen durchsetzen
- Zukunftskampagne entfalten
- Personalisierung durch Hervorhebung des Bundeskanzlers

Ereignisse:

- Feiern zum 40jährigen Bestehen des Grundgesetzes (23. Mai)
- 10. Jahrestag der Ersten Europadirektwahlen

D. Informationsmaterialien und Werbemittel im Wahlkampf

1. Informationsphase (Oktober bis Dezember 1988)

- Sonder-UiD zur Europawahl (weitere Sonder-UiD's sollen Anfang November zum EVP-Kongreß, im Januar 1989 und im April 1989 erscheinen)
- Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft

- Handbuch zur Europawahl (politische Argumentation; Zahlen, Daten, Fakten; Vorschläge für Aktivitäten)
- Uid-Dokus zu:
 - Binnenmarkt, Wachstum, Arbeit;
 - Frieden und Freiheit in Europa;
 - Europäische Sozialpolitik;
 - Europäische Umweltpolitik;
 - Zusammenleben in Europa
- Musterrede I (UiD)
- Veröffentlichung des EVP-Wahlprogramms (als UiD-Doku)
- Aktuelle Flugblätter

2. Erste Vorwahlkampfphase (Januar bis Mittel April 1989)

- Musterrede II (UiD)
- Leporello "20 Pluspunkte für Europa"
- Leporello "20 Minuspunkte für die SPD"
- Broschüren zu:
 - Binnenmarkt, Wachstum, Arbeit;
 - Frieden und Freiheit in Europa;
 - Europäische Sozialpolitik;
 - Europäische Umweltpolitik;
 - Zusammenleben in Europa
- Flugblätter

3. Zweite Vorwahlkampfphase (Mitte April bis Mitte Mai 1989)

- Dritter Sonder-UiD zum Wahlkampf

4. Hauptwahlkampfphase (15. Mai bis 18. Juni 1989)

- Fortführung der bestehenden Informations- und Werbemittel
- Broschüre: Deutschland und Europa (zum 17. Juni)
- Europawahlzeitung
- Aktuelle Flugblätter

E. Kalendarium

1988

10. September CDU-Rheinland-Pfalz – Deutschland-politischer Kongreß
12. September Bundesausschuß "Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes": Kapitel III (Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht)
- Oktober Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau
- Oktober Aufstellung der deutsch-französischen Brigade
1. Oktober Rechtspolitischer Fachkongreß des LACDJ der CDU-Baden-Württemberg. Thema: "Europa und Umweltschutz" in Breisach
- 7./8. Oktober Bundestagung des EAK der CDU/CSU, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn
- 7./8. Oktober EVP-Frauenkongreß in Bad Godesberg
9. Oktober Landesparteitag der CDU-Saarland in Saarbrücken (ohne Europa-Themen)
- Mitte Oktober CDU-Kongreß: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

19. Oktober Treffen der EVP-Parteiführer in
Brüssel
25. Oktober Forum/Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch:
10 Jahre Grundsatzprogramm der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands - Bilanz und Perspek-
tiven
- 28./29. Oktober Landesparteitag und Europaparteitag
der CDU-Schleswig-Holstein in
Travenmünde
5. November Landesparteitag der CDU-Hessen in
Frankfurt mit Aufstellung der
Europa-Liste
- 7./8. November VII. Kongreß der EVP
1. Hälfte November CDU-Kongreß: Zukunft der deutschen
Wirtschaft (Wirtschafts-, Indu-
strie- und Investitionsstandort
Bundesrepublik Deutschland)
9. - 11. November EUCDA-Kongreß in Königswinter
12. November Landesparteitag der CDU Nordrhein-
Westfalen in Aachen
(ob Aufstellung der Europa-Liste
und europäische Themen stattfinden,
wird uns noch mitgeteilt)
19. November CDU-Baden-Württemberg - Landesver-
treterversammlung mit Aufstellung
der Europa-Liste und außenpoliti-
schem Fachkongreß

2. Hälfte November Anhörung zur Zukunft des ländlichen Raums (im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Albrecht-Kommission)
24. November 4. Fachkongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU - Konsequenzen der Europa-Politik für freie Berufe
25. - 27. November Deutschlandtag der JU in Baden-Baden. Hauptthema: Europa (7. Juli 1988 Verschickung des Leitfadens zur Beratung an die JU-Kreisverbände)
26. November Landesvertreterversammlung der CDU-Niedersachsen in Hannover mit Aufstellung der Europa-Liste
- 29./30. November CDU-Niedersachsen - Wirtschaftskongreß (Thema: Binnenmarkt - eine europäische Herausforderung soll mitbehandelt werden)
- Anfang Dezember EG-Ratstagung auf Rhodos (u. a. Vorlage des Kommissionsberichts über Schritte zur Währungsunion)
- Dezember Bundesausschuß Berlin (Ausländerpolitik; Umweltpolitik)
3. Dezember Landesvertreterversammlung der CDU in Mainz-Finthen mit Aufstellung der Europa-Liste

1989

29. Januar	Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus
zweite Januar-Hälfte	KAS-Kongreß: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland (in Berlin)
27./28. Januar	Kulturpolitischer Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung in Frankfurt
Februar	Bundesausschuß "CDU als moderne Volkspartei"
März	CDU-Kongreß "Binnenmarkt Europa"
12. März	Kommunalwahlen in Hessen
16. März	KAS/EVP-Kongreß: "Standortpolitik Europa" (in Straßburg)
April	37. Bundesparteitag
April	Gorbatschow in Bonn (?)
4. April	40 Jahre NATO
5. Mai	Europatag
5./6. Mai	34. MIT-Bundeskongreß in Frankfurt - Europäischer Binnenmarkt und die Konsequenzen für den Mittelstand
23. Mai	40 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

10. Juni 10. Jahrestag der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament
18. Juni 3. Direktwahlen zum Europäischen Parlament
- Juni 1989 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz (vorauss. zeitgleich mit der Europawahl)
- Juni 1989 Kommunalwahlen im Saarland (vorauss. zeitgleich mit der Europawahl)